

Wer von euch allen in Nahost ist ohne Reue? Wer wirft den ersten Stein – täglich?

Philipp Sonntag / August 2024

Vertrauensbildende Maßnahmen“ (VBM) wären eine zivilisierte Voraussetzung, um die weltweit unsäglichen Leiden zu beenden. Jedoch, indem mal der einen, mal der anderen Konfliktpartei die „Schuld gegeben“ wird, da wird laufend eine diplomatische Sackgasse verbreitert, in der VBM keine Chance haben.

Pauschal beschuldigen und kaum je bereuen: die Folgen

Die Struktur der ethischen und diplomatischen Sackgasse ist nicht neu. Bereits 1958 berichtete das „Institute for Mediterranean Affairs in New York“ (siehe Hannah Arendt: „Über Palästina“, Piper, 2024, S. 31/32) über die Verzweiflung und Ohnmacht der „palästinensisch arabischen Flüchtlinge“ und den dramatischen Handlungsbedarf. Betont wurde:

„Es ist z. B. unerheblich zu erörtern, wer die Schuld an dem gegenwärtigen Schicksal der Flüchtlinge trägt. Das Problem ist das Gleiche, ob sie ihre Heimat verlassen haben, weil die israelischen Streitkräfte sie vertrieben haben, oder ob sie mit den eindringenden arabischen Armeen kooperiert haben oder aus anderen Gründen oder ohne Grund.“

Ohne gemeinsame Bemühung der Staaten um Verständnis füreinander bleiben VBM weit entfernt. Zu einem für Staaten typischen Phänomen: Die Juristenorganisation IALANA Deutschland (<https://www.ialana.de/>) versuchte einen Beitrag „Krieg zwischen Hamas und Israel 2023“ zur Versachlichung der Auseinandersetzungen zu leisten, ihr Fazit:

„Beide Konfliktparteien verstoßen in eklatanter Weise gegen das humanitäre Völkerrecht. Geboten sind daher nicht einseitige Parteinahmen und Waffenlieferungen, sondern eine sofortige Beendigung des bewaffneten Konflikts ...“

Aus Sicht eines Opfers: Warlam Schalamov („Durch den Schnee – Erzählungen aus Kolyma 1“, S. 289, Matthes & Seitz, Berlin, 2010), ein Überlebender des sowjetischen Gulag, brachte die Erkenntnis mit:

„Ich habe erkannt, dass der Mensch sich am längsten die Erbitterung bewahrt. Das Fleisch an einem hungrigen Menschen reicht nur für die Erbitterung, allem anderen gegenüber ist er gleichgültig.“

Gruppen von Menschen ist möglich, dass sie ihre Erbitterung ins schier unermessliche steigern.

Über global krasse Leiden berichtet laufend iz3w (<https://www.iz3w.org/>): Die Schwerpunkte der letzten beiden Hefte 2024 sind: „Die dunkelste Stunde – Genozide“ und „Noch reparabel?“

Seit der Gründung von Israel als Staat gibt es von beiden Konfliktparteien schier endlose Willkür. Jeder klagt an und gibt dem Gegner Anlässe, anzuklagen. IALANA betont: Das alles ist weit entfernt von Notwehr.

Als zukunftsweisend eingebracht werden konnte dazu z. B. ein vorbildliches Verständnis füreinander am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz 2024. Es gelang Charlotte Knobloch (durch Veranschaulichung der Leiden am 7. Oktober 2023 und danach in Israel) zusammen mit António Guterres (VN), der das systematische Leiden von Palästinensern über 56 Jahre hinweg verdeutlichte. Beide Personen waren hochengagiert und verantwortungsbewusst mit gemeinsamer Zukunfts-Hoffnung! Aus solchem Bewusstsein heraus, sind jederzeit friedliche Kooperationen möglich. Die Realität war und ist noch nicht soweit.

Sich selbst aus dem Paradies vertreiben

Man hätte schon kurz nach Staatsgründung von Israel die Zukunft weitaus besser ansteuern können, etwa im Sinne von Ben Gurion: „wir müssen stark und gerecht sein“.

Dabei wäre keineswegs verkehrt gewesen, mal ein Modell starker Kooperation zu probieren. Israel hätte mit seiner modernen Technik in der Landwirtschaft das ganze Nahost-Gebiet in ein Paradies verwandeln können. Dass es nicht mal auf brauchbarer Fläche versucht wurde, liegt an beiden, Arabern und Israel. Debatten über „die größere“ Schuld sind unsinnig. Israel konnte nach der Gründung bis 2024 die eigene Nutzung von Land militärisch und polizeilich laufend stärker absichern. Immerhin gab es manchmal konstruktiv erscheinende Verhandlungen. Aber sie blieben zäh und ohne Fortschritt. Es fehlte an Vertrauen. VBM blieben unsicher und zögerlich. Schädlich war dabei auch das schier unendliche Hin und Her der Aktionen und Bekundungen bezüglich Gewalt von Jassir Arafat (https://de.wikipedia.org/wiki/Jassir_Arafat). Es führte zwar zum Friedensnobelpreis, aber nicht zum Frieden.

Bei der Wahrnehmung der Versäumnisse ist wichtig zu verstehen, wie groß die Schäden und Leiden für die Menschen jahrzehntelang waren und bis heute bestehen. Selbstverständlich gibt der „3-D-Test“ richtige Hinweise. Selbstverständlich betreibt Israel keinen „anlasslosen Genozid“ – aber Genozid? Zur Beurteilung gibt es objektive Kriterien. Differenziert und laufend mit Update untersucht werden muss, was man zielführend tun kann, wenn Terroristen wie die Hamas von Schulen und Krankenhäusern aus agieren.

Antisemitismus als ein subjektiv starres Vorurteil war und ist jederzeit ungerecht und unmoralisch. Im Einzelfall, bei bestimmten Situationen und Verhaltensweisen, kann jeder versuchen, subjektiv zu bewerten – Streit ist oft schwer auflösbar. Objektiv (!) feststellbar ist, wie idiotisch ein Antisemitismus beiden, Tätern und Opfern schadet. Was mir zum Beispiel bei meiner Arbeit als Wissenschaftler 1980 auffiel, war für mich schwer auszuhalten. Es erschien mir derart absurd zu sein, dass ich es nach ein paar Tagen, ebenso nach ein paar Jahren, nicht glauben konnte, und es also mehrfach neu überprüfte. Aber das Ergebnis blieb korrekt, hier meine kurze Zusammenfassung:

„Der Bevölkerungszuwachs war in Ägypten innerhalb von fünf Jahren größer, als die Gesamtbevölkerung Israels! Und um das begrenzte kleine Gebiet von Israel ging der Streit. Außerdem hatte allein schon die kostspielige Rüstung für Ägypten die einem totalen Krieg vergleichbaren Folgen: Es wurden teure Mirage gekauft. Die Rüstungskosten pro Soldat betragen 30.000.- DM (der Wert resultierte teils aus hohen Kosten für Mirage Kampfflugzeuge aus Frankreich). Aber nur für im Durchschnitt 78 Schüler gab es einen Lehrer und

praktisch keine Lehrmittel. Sehr junge Schüler mussten für umgerechnet 10 Pfennig einen Tag lang Schädlinge auf Äckern suchen, sie wurden dazu mit einer Peitsche von älteren Schülern angetrieben, waren Schädlingen und Seuchen ohne medizinische Hilfe ausgesetzt.“

Tatsächlich gab es damals Vereinbarungen von Ägypten und Israel für eine gewisse Rüstungsbegrenzung, sowie für eine etwas verringerte Eskalationsbereitschaft beider Staaten. Die Gewalt in Nahost wurde jedoch nicht überwunden. Die Kosten sind derzeit global in den Medien jeden Tag zu sehen. Und das Elend in Ägypten ist 2024 nach wie vor krass: Das Wachstum der Bevölkerung blieb hoch und ist bei 110 Millionen Personen angekommen. Der Nil ist stark verschmutzt, Pflanzen und Fische gedeihen kaum. Millionen verarmte Familien leben auf sehr kleinen Holzbooten, sie sind Krankheiten und Vergiftungen ausgesetzt. Ihre Kinder haben keine Chance eine Schule zu besuchen. Weiterhin zementieren beachtliche Militärausgaben jenes Elend, das kooperativ vermeidbar wäre.

Präventive Gewalt zerstört Sicherheit und zementiert Elend

Vor 1948 hatten die Araber in Palästina zwar wenig politische Macht. Sie hatten aber durchaus eine für sie grundlegende, karge und doch höchst wertvolle Heimat. Ihre aufgestaute, immer betonte Erbitterung steht im unmittelbaren Zusammenhang mit ihrem Verhalten bis hin zur Grausamkeit am 7. Oktober 2023. Es „erklärt“ vielleicht die Gewalt etwas, aber es kann rechtswidrige Taten niemals rechtfertigen und es wird kaum jemals zielführend sein.

Ähnliches gilt für die Konsequenzen der Erbitterung von Juden nach 2.500 Jahren Antisemitismus und schließlich Holocaust. Es „erklärt“ ebenfalls vielleicht, wie die israelische Absicht, die Hamas zu vernichten, eisern beibehalten wird. Als zielführend erscheint es ebenfalls nicht. Denn es geschieht, obwohl deutlich erkennbar ist, wie in Gaza bei den Kindern der Palästinenser viele zukünftige Terroristen (später mit Namen Hamas oder anders) herangezogen werden. Es werden mehr sein, als durch Israel Mitglieder der Hamas getötet werden können. Eine real-absurde Tragik! Deutlich ist dabei, wie dieser Vorgang weltweit zu einer Verfestigung von Antisemitismus führt. Das geschieht besonders bei jungen Menschen, bis hin zu Studenten „pro Palästina“ an deutschen Universitäten. Für weitere 2.500 Jahre? Zumindest sind Ansätze zu VBM auf einem krassen Tiefpunkt.

Indem Zionismus und Islamismus politisch polarisieren, wird eine Sackgasse zementiert. An sich müsste dies sofort als blasphemisch, als absurd erkannt werden. Denn dabei wird deutlich, wie absurd jemand einem Gott Willkür, bis hin zu einseitiger Parteinahme, unterstellt. Sogar dem eigenen Gott! Ziel und Resultat sind immer eine politisch einseitige Parteinahme. Eine typische „menschliche“ Folge kann sein, eigene Gewalt als quasi „zulässig“ zu empfinden und zu „erklären“.

Das verfestigt jedoch bisher das Unheil: Weil Konkurrenten und Gegner ihre eigene (und nur ihre eigene) Gewalt „als erforderlich“ ansehen, können sogar die „Vereinten Nationen“ kaum etwas in Richtung Frieden bewegen. Die Realität steht also global allzu oft im Widerspruch zum geltenden Völkerrecht. Ehrlich wäre daher, das Völkerrecht unzivilisierter Realität anzupassen. Der Schaden würde jedoch größer und absurder, etwa so:

„Von da an ‚dürfte‘ jeder Staat (s)einen Genozid als alltägliches Phänomen begehen. Die Gewalt würde ebenso grenzenlos wie hemmungslos. Objektive Menschenrechte, als Vorboten von Zivilisation, wären von da an

ausgeschlossen. Frieden, Zivilisation, auch nur wechselseitige Kompromisse würden unerreichbar. Die Kosten würden existenziell noch stärker steigen, als bisher. Zugleich würde die Sehnsucht auf Zivilisation ins schier Unermessliche anwachsen. Die Folge wäre: Noch mehr Gewalt.“

Global ist ähnliches bereits jetzt üblich. Quasi so als wäre es ein Gewohnheitsrecht „gilt“: Auf Gewalt folgt eine Gegenreaktion, mit weiter eskalierender Gewalt, jeweils soweit es den Politikern mal kurz möglich erscheint. Auf Dauer wächst der Schaden. Denn Versöhnung bleibt dabei ohne Aussicht auf nachhaltigen Erfolg; das gilt wirtschaftlich, sozial, religiös, akut ökologisch, insgesamt „menschlich“. Dauerhafte Kompromisse werden geradezu strukturell unmöglich.

Der Fehler der Menschheit sind die Polarisierungen bei Verhandlungen. Das geschieht zum Beispiel in Deutschland, indem man sich und anderen jegliche Kritik an Juden inklusive Israel versagt, aus durchaus naheliegenden, „erklärbaren“ Schuldgefühlen nach dem Holocaust. Und nach dem Holocaust ist auch die jüdische Haltung „erklärbar“, weil sofort nachvollziehbar: Gegen jeden, der uns angreift, werden wir uns mit allen (!) Mitteln wehren. Nur leider, wo wir gegen geltendes Recht verstoßen, machen wir uns leider angreifbar.

An sich sind Waffenlieferungen von Deutschland an Israel unmittelbar plausibel, soweit es um existenzielle Sicherheit geht und soweit das Völkerrecht eingehalten wird. Aber wo ist die Grenze zwischen existenzieller Notwehr und ausufernder Machtpolitik? Sowa ist politisch immer umstritten. Wie kann man bei der unvermeidlichen Abwägung immer „auf der sicheren Seite“ bleiben?

Die Bedingungen für ein „NIE WIEDER“

Die akute Herausforderung: Ein Aufruf wie: „NIE WIEDER“ kann sich unweigerlich in Israel und in Deutschland von selbst zerstören. Es geschieht, soweit man als Israel, also als eine zu schützende Konfliktpartei (deutsche Staatsraison) die Art der Verbrechen hinter „NIE WIEDER“ – für weit mehr als Notwehr – nun selbst begeht. Damit Notwehr gerechtfertigt wäre, müsste sie als erforderliche Abwehr eines gegenwärtigen und rechtswidrigen Angriffs dienen. Diese klare, global anerkannte Begrenzung kann mit einer präventiven Vernichtung eines Gegners nichts zu tun haben. Bei Missachtung solcher Grundsätze können bestimmte deutsche Waffenlieferungen, ganz anders als früher, bedenklich werden.

Verbrechen der Hamas, ebenfalls über Notwehr weit hinausgehend, verändern den Sachverhalt israelischen Verhaltens (über Notwehr hinausgehend), dabei nicht. Wird dies nicht ehrlich aufgearbeitet, wird das Dilemma nicht mal ehrlich benannt, werden Zweifel quasi automatisch verdrängt, so wachsen die Gefahren von Zerstörung und das Ausmaß von Antisemitismus. Das ist eine äußerst schwierige Herausforderung. Dabei kann sogar die Arbeit von „Antisemitismus-Beauftragten“ in die Sackgasse gelangen, dass sie das aktuelle Wachstum von Antisemitismus nicht verhindert oder umkehrt. Deshalb ist existenziell bedeutungsvoll, wieweit es den Beauftragten gelingt, ein Bewusstsein für die Probleme mitsamt möglichen Fehlentwicklungen zu haben. Immer können sie bei Klagen und Leiden höchst willkommenen Trost geben. Aber solange Antisemitismus wächst, muss etwas verändert werden. Historisch war Antisemitismus oft so, dass die bitter Betroffenen überhaupt nichts dagegen tun konnten. Historisch war der Aufbau der hoch innovativen IDF die richtige Antwort.

Der Historiker Wolfgang Benz, ehemaliger Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, hat jahrzehntelang gut recherchierte, tolerant

vernünftige Schriften zum Antisemitismus publiziert. Und auch im Tagesspiegel vom 26. 2. 2024 („Unis und Antisemitismus, auf S. B20) hat er Argumente statt Affekte angemahnt, dabei hervorragend präzisiert, welche Argumente im erbitterten Streit zu Palästina erkennbar antisemitisch sind, und welche nicht. Er weiß „eigentlich“ Bescheid, aber auch er hat erstmal nicht präzisiert, inwiefern und wie stark Israel (und sowieso auch die Hamas) Völkerrecht und Menschenrechte verletzt – und daher entsprechend auch nicht, welche Aktionen zielführend für eine friedliche Zukunft sein können – die gewiss schwierigste Herausforderung. Studenten können dies vor dem Hintergrund der Bilder aus Gaza als unvollständig oder einseitig wahrnehmen. Viele Studenten sind erbittert – aber nicht antisemitisch, es sei denn sie waren es vorher schon. Ich vermute, Wolfgang Benz wird weiterhin diplomatisch zum überlebenswichtigen Aufbau von VBM beitragen.

Vor diesem Hintergrund darf nicht überraschen, wie verzweifelt zurückhaltend die offiziellen Vertretungen der Juden in Deutschland Anfang August 2024 immer noch sind. In der Zeitschrift Juni/2024 der „Jüdischen Allgemeine“ gibt es keine Seite, in der auch nur angedeutet würde, Israel hätte in Gaza womöglich Fehler begangen. Es wird nur ein Hauch von Reue zugelassen, wohl aus der Hoffnung heraus, „weiter unschuldig“ sein zu können.

Vom Präsident Josef Schuster, dessen Feinfühligkeit für das Schicksal von Opfern über jeden Zweifel erhaben ist, gibt es auf Seite 4/5 der „Jüdischen Allgemeine“ einen vorzüglichen Beitrag über das bittere Schicksal bewundernswerter jüdischer Ärzte während des Holocaust. Aber wie Wolfgang Benz vermeidet er jegliche Verletzung des pauschalen Tabus einer „Deutschen Staatsraison“ für Israel.

Auf Seite 2 der „Jüdischen Allgemeine“ heißt es: „Das Leiden der 140 vermutlich noch lebenden Geiseln ist immer präsent“. So fühlen vermutlich alle Juden weltweit. Jedoch für die bald 40.000 Toten und über eine Million Leidende in Gaza, wird keine realistische Verantwortung übernommen. Deren Schicksal wird (auf Seite 6) von Gemeindemitgliedern ganz und gar allein der Hamas als Terrororganisation zugeschrieben. Zum Beispiel so: „... wie viele meiner Freunde bin auch ich überzeugt, dass Israel zum Schutz der eigenen Bevölkerung keine andere Wahl hat, als alles in seiner Macht Stehende aufzubieten, um die Hamas und deren Helfershelfer komplett zu entwaffnen.“ Dabei wird durchaus gesehen: „Israels Existenz ist bedroht“ und „das Ansehen unserer Armee ist nach dem 7. Oktober tief erschüttert“. Was in Zukunft geschieht, wird stark vom eigenen Verhalten abhängen, ganz im Sinne von Ben Gurion: „wir müssen stark und gerecht sein“.

Soweit jedoch die Idee eigener Fehler ausgeschlossen wird, und somit jegliche Reue, ist Ungerechtigkeit vorprogrammiert. VBM erscheinen als unerreichbar. Sicherheit, durch „erforderliche“ Gewalt, richtet enorme Zerstörungen an. Da fehlt dann auch jedes Verständnis für deutsche Schüler und Studenten, die zumeist nur geringe historische Hintergründe kennen, aber im Fernsehen täglich Gräueltaten in Gaza sehen. Deren Reflex ist vollkommen nachvollziehbar. Sie hören die Rechtfertigung, es sei zur Vernichtung der Hamas „erforderlich“. Einer Hamas, welche jedoch nach Monaten Krieg weiter einsatzbereit ist! Da fehlen die von Israel früh angekündigten „Erfolge gegen Terror“. Das wirkt tief. Während vor allem Jugendliche weltweit Bilder der Vernichtung in Gaza unerträglich finden, wäre angemessen gewesen, sich völkerrechtlich vertretbar und selbstkritisch-ehrlich zur Anklage einer jüdischen Mitverantwortung zu äußern. Sonst wird der Antisemitismus weltweit laufend weiter bis ins schier Unermessliche gestärkt.

Von Erbitterung veränderte Gefahren

Währenddessen berichtete der Außenminister der USA Blinken, der Iran sei dabei, in wenigen Wochen atomwaffenfähig angereichertes Uran herzustellen. Experten kennen die Risiken. Sogar bereits jetzt ohne Atomwaffe, zum Beispiel mit „schmutzigen Bomben“, die zusammen mit üblichem Sprengstoff etwas Radioaktivität enthalten, kann die Hisbollah – oder sonst wer, womöglich unerkannt – versuchen Israel in mehrere getrennte Gebiete zu zerschneiden. Das gegenwärtig militärisch unruhige Israel könnte das nicht ohne starken Gegenschlag hinnehmen. Auf jeden Fall wäre es unkalkulierbar gefährlich, auf Verdacht umliegende Länder anzugreifen. Das Dilemma wäre ein Höchstmaß an Eskalationsgefahr bei einem Minimum an Vertrauen und Diplomatie. Seit 1964 habe ich mich laufend intensiv mit der Struktur der Eskalationsdynamik befasst, siehe auch <https://www.philippsonntag.de/bibliografie.html> / die Risiken werden nach wie vor ähnlich bewertet, siehe einen aktuellen Überblick von Annie Jacobsen: „72 Minuten bis zur Vernichtung“, Heyne (2024).

Wie gefährlich kann so ein Risiko mitten im kriegerischen, verlustreichen Schlagabtausch werden? Leider könnte es stark von der Erbitterung auf beiden Seiten abhängen. Die Leistungen der israelischen Geheimdienste bei der selektiven Tötung von „hochrangigen Verbrechern“ Anfang August im Libanon und Iran ist beeindruckend. Es schreckt ab, und es verstärkt leider zugleich die Erbitterung bei den Gegnern enorm. Auf jeden Fall ist gefährlich, wenn Yoav Gallant, der Verteidigungsminister von Israel erklärt, „seine Truppen würden den Libanon gegebenenfalls ‚zurück in die Steinzeit‘ bomben“ (Tagesspiegel vom 4. Juli 2024, Seite 11). So eine Provokation müsste sofort durch die Regierung von Israel zurückgenommen werden. Sonst ist und bleibt die Eskalationsgefahr für alle Staaten und militärisch aktiven Gruppen in Nahost auf einem Höhepunkt.

Nun ist das nichts Neues, nicht mal für Atomwaffen und deren Abschreckungslogik. Neu ist – schwer einzuschätzen – eine gewisse Gewöhnung. Die Gefahren sind schon lange in ihren wesentlichen Merkmalen klar bekannt, so schrieb ein deutscher General (Schmückle, Gerd: „Die Wandlung der Apokalypse“, in Christ und Welt, 26. 1. 1962:

„Die Wirkung der Atomwaffen gegen Ziele, die im allgemeinen von Zivilisten belebt sind, ist fürchterlich, gegen bestimmte militärische Ziele dagegen relativ gering. Deutlicher gesagt: Die gräßliche Wirkung gegen Städte und ähnliche Ziele steht im umgekehrten Verhältnis zur Wirkung gegen gepanzerte Verbände, schwimmende Einheiten, unterirdische Befehls- und Raketenstände, mobile und weit verstreute Verbände.

Dadurch wird das Verhältnis zwischen dem Militär und seinen zivilen Schutzobjekten mit einer Radikalität verändert, die nicht zu überbieten ist. ... Die Atomwaffen vernichten beim Angreifer wie beim Verteidiger weitgehend alles, was den Begriff Nation ausmacht: die menschliche, die kulturelle, die wirtschaftliche Substanz.“

Rechenmodelle 1964–1971 (Carl-Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.): „Kriegsfolgen und Kriegs-verhütung. Hanser München, 1971“ zeigten sowohl das Ausmaß der Schäden, als auch die Eskalationsgefahren – der Mensch kann sie weder technisch, noch militärisch und schon gar nicht politisch kontrollieren.

Ich habe dann versucht, das Verhalten des Menschen einzubeziehen (Philipp Sonntag: „Verhinderung und Linderung Atomarer Katastrophen.“, Osang Verlag,

Bonn, Mai 1981), insbesondere in einem Kapitel „Der Einfluss des menschlichen Faktors“ (ebd. S. 100-108). All dies habe ich auf den Nahen Osten angewandt, was derzeit für den Iran gilt, war damals strukturell ähnlich mit Erwägungen zu einer arabischen Androhung eines Ersteinsatzes von Kernwaffen (ebd. S. 75), wobei beachtet wurde: Israel ist in Bezug auf Bevölkerung und Fläche ganz anders, nämlich verletzlicher ausgestattet als die arabischen Staaten – das gilt dann auch für Bedrohungen aus Erbitterung heraus. Überlegt wurde zum Beispiel, ob eine „Ausschaltung“, völlige Zerstörung Israels, „die Kosten eines israelischen Gegenschlages“ wert sein könnte. Kein vernünftiger Mensch würde solche Szenarien erwägen – aber es gibt eben verrückte Politiker, es wurde die Gefahr genannt, dass Kernwaffen aus „umsichtigen“ Händen in eine Kontrolle jener gelangen könnten, welche darauf brennen würden, Israel total zu vernichten. Derzeit (19. August 2024) zeigt die Zurückhaltung des Iran nach der Tötung von Terroristen durch Israel, dass es sogar bei enorm erbitterten Politikern eine kluge Zurückhaltung geben kann.

Zugleich gilt: solange VBM auf einem Tiefpunkt feststecken, fehlt auch jegliche Grundlage für eine Überwindung des 2024 besonders krassen Antisemitismus.

Global gibt es viele, diplomatisch eigentlich vermeidbare Rüstungswettläufe. So könnte China nach einem fairen Umgang mit Uiguren und Hongkong jetzt womöglich weitaus friedlicher, und enorm kostensparend mit Taiwan friedlich kooperieren. Gelänge es wirklich beiderseits zivilisiert, so könnte im Grunde Taiwan sich China sogar freiwillig als eine Provinz anschließen. So eine Annäherung an Zivilisation war in chinesischen Legenden, durchaus mit ausgeprägtem Bewusstsein für lebenswerte Menschenrechte, schon seit Jahrtausenden erahnbar plausibel. Sie ist politisch machbar und wünschenswert. Sie könnte, und sollte eigentlich, zu einem geschickten, zielführenden Umgang mit der Zukunft des Planeten beitragen.

Hoch verantwortungsbewusst ist eine aktuelle Initiative: „Nunmehr hat der chinesische Vertreter auf dem 2. Vorbereitungstreffen zur 11. Überprüfungskonferenz zum NPT im Juli 2024 vorgeschlagen, alle fünf offiziellen Atomwaffenstaaten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien sollten vertraglich auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten. ...“, siehe im Detail:

<https://ialana.de/aktuell/ialana-deutschland-zur-aktuellen-diskussion/ialana-zu-abc-waffen/2894-chinas-initiative-zum-voelkervertraglichen-verzicht-auf-den-ersteinsatz-von-atomwaffen-aufgreifen>

Auf jeden Fall sind mit einem sich stufenweise weiter zivilisierenden China Verbesserungen von Lebensqualität politisch machbar und wünschenswert. Es könnte, und sollte eigentlich, zu einem geschickten, diplomatisch zielführenden Umgang mit der Zukunft des Planeten beitragen.